

# Unsozial und ökonomisch schädlich

## Ampel-Haushaltspolitik mit dem Rasenmäher

### Inhaltsübersicht

Streit um Haushaltspolitik .....	1
Ökonomisch schädliche Kürzungen .	3
Sozial schädliche Kürzungen.....	4
Verschiebebahnhof Sozialkassen .....	5
Politische Alternativen .....	6

### Streit um Haushaltspolitik

Der Haushalt unserer Republik kann den Wohlstand mehren. Öffentliche Investitionen und Ausgaben ermöglichen eine grüne Wirtschaft, gute Arbeit und soziale Sicherheit. Die Regierung plant für 2024 mit Ausgaben in Höhe von fast 446 Milliarden Euro. Ein Rückgang von 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Der Bundestag verhandelt in diesen Wochen über den Bundeshaushalt 2024 und die Finanzplanung 2025 bis 2027. Anfang Dezember soll das Parlament den Haushalt beschließen. Die rot-grün-gelbe Bundesregierung beabsichtigt in ihrem Haushaltsentwurf umfangreiche Ausgabenkürzungen in Höhe von 30 Milliarden Euro. Ursächlich für diese milliardenschweren Einsparungen ist das Bestreben der Ampel-Regierung die Schuldenbremse wieder einzuhalten. Deswe-

gen wurden alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt. Die Bundesregierung will nächstes Jahr nur noch 17 Milliarden Euro neue Schulden machen. Dieses Jahr beläuft sich die Nettokreditaufnahme noch auf voraussichtlich 46 Milliarden Euro.

Milliardenschwere Steuergeschenke schwächen die öffentlichen Finanzen zusätzlich. Viele Beschäftigte leiden unter sinkenden Realeinkommen, das schwächt den privaten Konsum. In der Folge wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr voraussichtlich um etwa ein halbes Prozent schrumpfen. Das drückt auch auf die Steuereinnahmen, deren größte Quellen die Mehrwert- und die Lohnsteuer sind. Die Bauwirtschaft kriselt wegen hoher Zinsen und steigender Baukosten. Darüber hinaus leidet der deutsche Export unter einer schwächelnden Weltwirtschaft.

Ausgerechnet in dieser Zeit schwächt die Regierung die staatliche Einnahmeseite durch ihre Steuerpolitik. Der Abbau der kalten Progression

und das geplante Wachstumschancengesetz führen zu milliardenschweren Steuermindereinnahmen. Allein der Abbau der kalten Progression kostet dieses Jahr rund 19 Milliarden Euro und 2024 fast 32 Milliarden Euro. Auf weitere Milliardenbeträge, die allerdings überwiegend erst in den Folgejahren wirksam werden, verzichtet der Bund durch geplante Steuerermäßigungen für Unternehmen.

Zugleich steigen die Staatsausgaben. Das ist angesichts der Inflation nicht überraschend, so sind etwa die Kosten für öffentliche Bauinvestitionen angestiegen. Diesen inflationsbedingt höheren Staatsausgaben sehen allerdings ebenfalls inflationsbedingt höhere nominale Steuereinnahmen gegenüber. Nach der aktuellen Steuerschätzung wachsen die Steuereinnahmen des Bundes in diesem Jahr um knapp sechs, in 2024 um sieben Prozent. Das sind 2024 fast sechs Milliarden

# Wesentliche Kennziffern der Haushaltsplanung

in Milliarden Euro

	Ist 2022	Soll 2023	Regierungsentwurf 2024	Finanzplan		
				2025	2026	2027
Ausgaben davon: <b>Investitionen</b>	481,3 46,2	476,3 71,5 <sup>1</sup>	445,7 54,2	451,8 60,2	460,3 59,1	467,2 57,2
Einnahmen davon: Steuereinnahmen Rücklage Stand Ende 2022: rund 48,2 Mrd. Euro	481,3 337,2 -	476,3 358,1 40,5	445,7 375,3 1,4	451,8 394,6 6,4	460,3 409,1 -	467,2 421,3 -
Neuverschuldung	115,4	45,6 <sup>1</sup>	16,6	16,0	15,4	15,0

<sup>1</sup> Die Angaben beinhalten NKA-wirksame, aber als finanzielle Transaktionen schuldensregelneutrale Darlehen an das Generationenkapital i. H. v. 10 Mrd. Euro, an den RST-Trust des IWF i. H. v. 6,3 Mrd. Euro sowie an den Gesundheitsfonds der GKV i. H. v. 1 Mrd. Euro (haushaltsrechtlich als Investitionen zu verbuchen).

### Schuldenbremse

Die Schuldenbremse schreibt vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern ohne Kredite auszugleichen sind. Für den Bund gilt dies als erreicht, wenn die „strukturelle“ Nettokreditaufnahme 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreitet. „Strukturell“ meint dabei unabhängig von der konjunkturellen Lage. In einer Konjunkturkrise bestehen daher höhere Verschuldungsmöglichkeiten, in einem konjunkturellen Aufschwung spiegelbildlich geringere. Eine weitere Ausnahmeregelung gibt es für Naturkatastrophen oder andere außergewöhnliche Notsituationen.

Euro mehr als im Planentwurf. Die von der Bundesregierung beschlossene Erhöhung der Verteidigungsausgaben führt dagegen dauerhaft zu milliardenschweren Mehrbelastungen, die zudem zu einem großen Teil für Rüstungskäufe ins Ausland fließen.

## Ökonomisch schädliche Kürzungen

Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat bei der Haushaltsplanung den Rotstift angelegt. Das ist wirtschaftlich schädlich. Wer angesichts konjunktureller Risiken die Staatsausgaben kürzt, handelt kurzsichtig. Denn Staatsausgaben sind immer auch die Einnahmen der Unternehmen und Privathaushalte. Im Abschwung kürzen die Unternehmen ihre Investitionen und Ausgaben, da sie weniger Aufträge haben. Eine Spirale nach unten droht in Gang zu kommen. Das kann und muss die öffentliche Hand – gerade auch in der

aktuellen Situation – durch höhere eigene Ausgaben verhindern. Dazu gehören auch höhere Löhne für die öffentlich Beschäftigten.

Aktuell haben die Kürzungen im Bundeshaushalt noch keine starke konjunkturbremsende Wirkung. Dies ist maßgeblich den umfangreichen Schattenhaushalten – Klima- und Transformationsfonds, Sondervermögen Bundeswehr etc. – zu verdanken, die dafür sorgen, dass die Staatsausgaben, trotz der milliardenschweren Kürzungen im Bundeshaushalt, weiterhin leicht steigen. Das kann sich aber schnell ändern. Deshalb darf die Bundesregierung jetzt nicht auf die Ausgabenbremse treten.

Das größte Problem ist aber, dass die Haushaltsplanung der Ampel-Regierung nicht zukunftsgerecht ist. Die geplanten Staatsausgaben reichen vorne und hinten nicht, um die wachsenden gesellschaftlichen Bedarfe auch nur annähernd zu decken. In Bildung, Gesundheit, Digitalisierung, Wohnen und Klimaschutz müsste in den kommenden Jahren massiv investiert werden. In letzten zwei Jahrzehnten wurde die Republik auf Verschleiß gefahren. Der Nachholbedarf ist gewaltig. In Kitas und Schulen müssten jedes Jahr insgesamt 55 Milliarden Euro investiert werden. Die öffentlichen Krankenhäuser brauchen in den nächsten Jahren über 30 Milliarden Euro. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – Verdoppelung der Fahrgastzahlen – kostet jährlich 12 Milliarden Euro. Für die Sanierung des maroden deutschen Bahnnetzes sind bis 2027 zusätzlich zu den bislang vorgesehenen Mitteln weitere 18 Milliarden Euro notwendig. Auch die geplante und notwendige Wiedereinführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit wird viele Milliarden kosten. Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

## Sozial schädliche Kürzungen

Die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt sind sozial schädlich. Viele Sparmaßnahmen betreffen Bildung, Gesundheit, Arbeit und Soziales. Und das, obwohl unser Sozialstaat eigentlich ausgebaut und modernisiert werden müsste. Für die Betroffenen haben die Kürzungen starke negative Auswirkungen. In einzelnen Bereichen belaufen sich die Mittelkürzungen auf 20 bis 70 Prozent.

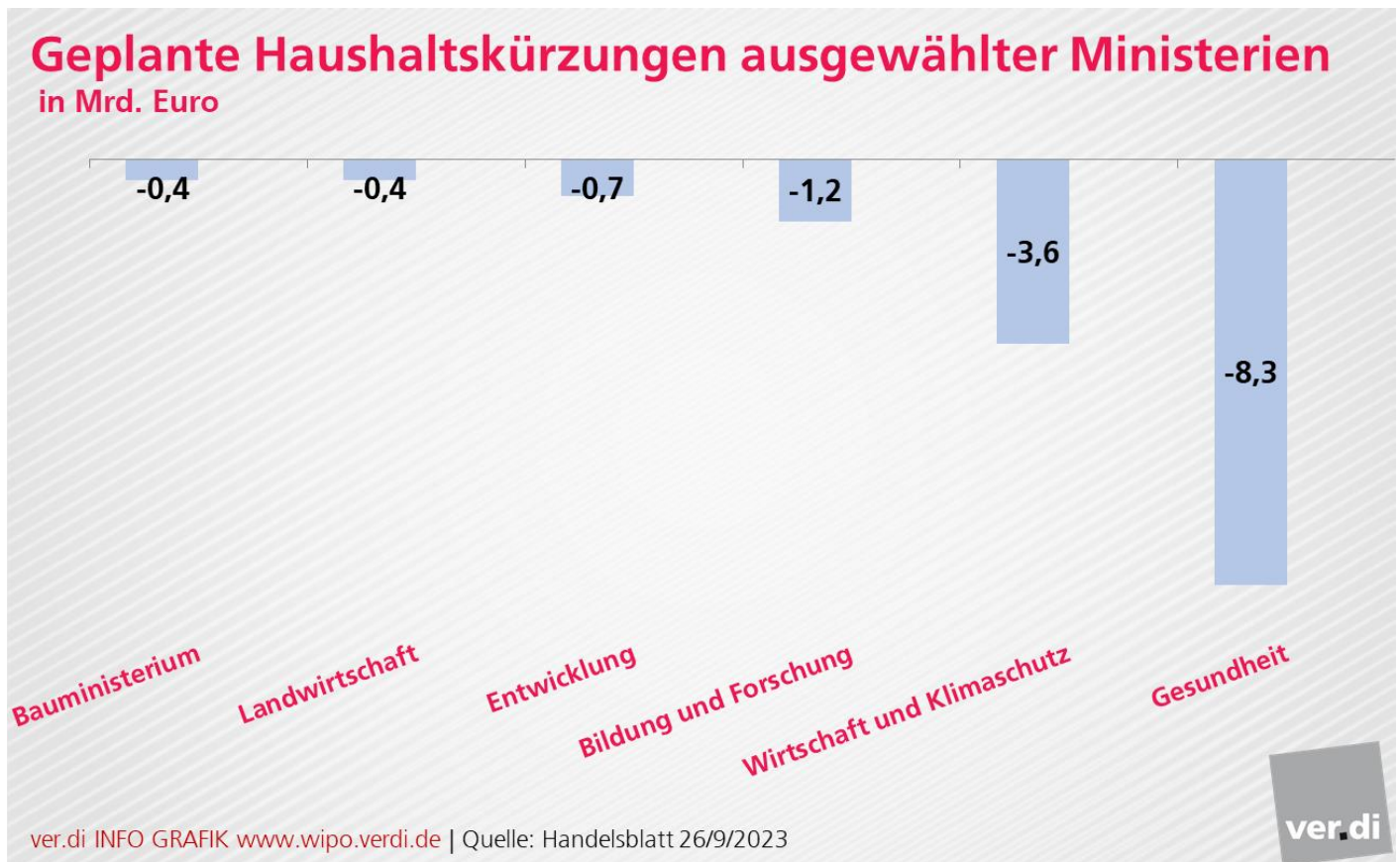
So sollen allein bei der Freien Wohlfahrtspflege 25 Prozent der Mittel gestrichen werden. Bei den Bundesmitteln der Freiwilligendienste will die Ampel bis 2025 insgesamt 113 Millionen Euro kürzen. Dies entspricht einem Fünftel der verfügbaren Mittel. Dadurch würde jeder fünfte Platz im

Freiwilligen Sozialen Jahr und im Bundesfreiwilligendienst wegfallen.

Die Jugendmigrationsdienste sollen ein Drittel ihrer Finanzierung verlieren. Dies betrifft die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE), die bundesweite Asylverfahrensberatung und die psychosozialen Zentren.

Zudem sollen die Zuschüsse zum Bau, zur Modernisierung, für Sanierungsmaßnahmen und zur Einrichtung von Familienferienstätten um 1,7 Millionen Euro schrumpfen. Das gefährdet den Urlaub und die Erholung von Kindern in finanziell schwächeren Familien. Die globalen Leistungen und Fortbildungen in der Wohlfahrtspflege sollen um eine Million Euro sinken.

Auch sollen die Digitalisierungsmittel der Wohlfahrtsverbände in Höhe von 3,5 Millionen



Euro gekürzt werden. Die Bauvorhaben und Investitionen überregionaler Einrichtungen des Müttergenesungswerks sollen um rund 5 Millionen Euro reduziert werden. Im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) sollen fast 45 Millionen Euro eingespart werden. Dies entspricht einer Kürzung um 19 Prozent. Darüber hinaus sollen bei den Maßnahmen gegen sexuellen Kindesmissbrauch 2,8 Millionen Euro gekürzt werden.

Weitere Einsparungen sind im Bildungsbereich geplant. So soll die Bundeszentrale für politische Bildung zukünftig 20 Millionen Euro weniger erhalten. Dies entspricht einer Kürzung von 20 Prozent. Beim BAFÖG sind Einsparungen in Höhe von 632 Millionen Euro geplant, davon 440 Millionen Euro bei Studierenden und 212 Millionen Euro bei Schülerinnen. Ebenfalls gekürzt werden soll bei den Demokratieförderprogrammen und bei der Demokratiebildung.

Im Gesundheitsbereich sollen Projekt- und Kampagnenmitteln der Suchtprävention um 4 Millionen Euro reduziert werden. Dies entspricht einer Kürzung von 30 Prozent. Ferner soll die Förderung der psychosozialen Zentren (PSZ) um 7 Millionen Euro oder 70 Prozent gekürzt werden.

## Verschiebepark Sozialkassen

Die Ampelregierung will im Rahmen ihrer Kürzungspolitik milliardenschwere Steuerzuschüsse des Bundes an die Sozialkassen (GKV, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) streichen und die entsprechenden Kassenausgaben der Versicherungsgemeinschaft aufbürden. So soll der zusätzliche Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung zwischen 2024 und 2027 um jeweils 600 Millionen Euro reduziert werden. Dadurch

steigt der Beitragssatz zur allgemeinen Rentenversicherung ab 2027 um einen zusätzlichen Zehntelprozentpunkt.

In der Pflegeversicherung soll der Bundeszuschuss in Höhe von einer Milliarde Euro ebenfalls gestrichen werden. In der Krankenversicherung soll die Finanzierungslücke der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 3,5 bis 7 Milliarden Euro von den Versicherten geschlossen werden. Zudem soll es keinen dynamisierten Steuerzuschuss für die GKV geben. Das bedeutet in der Konsequenz um bis zu einem halben Prozentpunkt höhere Sozialbeiträge.

Auch die Arbeitslosenversicherung muss zukünftig Maßnahmen aus Beitragsmitteln finanzieren, die bisher aus Steuergeld bezahlt wurden. Ab 2025 sollen die Beratungs- und Finanzierungsverantwortung für die Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) für Bürgergeldbeziehenden (ELB) und die Umsetzungs- und Finanzierungsverantwortung für Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation von ELB von den steuerfinanzierten Jobcentern auf die beitragsfinanzierten Agenturen für Arbeit übertragen werden. Insgesamt soll das Bundesarbeitsministerium einen Beitrag zur „Haushaltskonsolidierung“ in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro erbringen. Darin sind auch Kürzungen bei den Jobcentern von 700 Millionen Euro enthalten, was vor allem Projekte für Langzeitarbeitslose treffen wird.

Die zwangsläufige Folge all dieser Maßnahmen sind steigende Beiträge. Dies trägt dazu bei, dass die Beiträge der Sozialversicherungen zukünftig dauerhaft über 40 Prozent liegen werden. Arbeitgeberverbände und Politik werden dann Leistungskürzungen bei Gesundheit, Pflege und

» Die Zeche zahlen  
die Versicherten.

Rente fordern. Damit ist der nächste sozialpolitische Großkonflikt vorprogrammiert.

## Politische Alternativen

Die Haushaltspolitik der Ampel-Regierung ist nicht alternativlos. Die Steuergeschenke für hohe Einkommen waren falsch. Dadurch wurde die staatliche Einnahmeseite unnötig geschwächt. Zudem hätte die Bundesregierung auch 2024 von der Ausnahmeregel der Schuldenbremse Gebrauch machen können. Davon aber wollen insbesondere Finanzminister Lindner und seine FDP nichts wissen.

Wichtige staatliche Mehrausgaben hätten über weitere Sondervermögen – analog zum Sondervermögen Bundeswehr, Wirtschaftsstabilisierungsfonds etc.– finanziert werden können. So hätte die ökonomisch schädliche Schuldenbremse umgangen werden können. Darüber hinaus hätten die Staatseinnahmen durch eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen erhöht werden können. Geld ist genug da. Der öffentlichen Armut steht ein gigantischer privater Reichtum gegenüber.

Vor dem Hintergrund der laufenden Haushaltsberatungen hat ver.di klar Position bezogen: Wir lehnen die geplanten Haushaltskürzungen bei Bildung, Gesundheit, Arbeit und Soziales ab. Das Gegenteil ist richtig: Der Sozialstaat muss ausgebaut und modernisiert werden. Wir brauchen vor dem Hintergrund großer gesellschaftlicher Bedarfe mehr öffentliche Investitionen, mehr Personal und mehr Sachausgaben.

Die schlechte wirtschaftliche Lage und die aktuelle Finanz- und Wirtschaftspolitik lassen zudem befürchten, dass den heutigen Sparmaßnahmen weitere Kürzungen folgen werden. Der Wegfall von Steuerzuschüssen für die Sozialkassen wird den Konflikt um die zukünftige Finanzierung der Sozialversicherungen massiv verschärfen. Ohne eine starke Zivilgesellschaft, die öffentlich sichtbar für einen leistungsfähigen Sozialstaat streitet, drohen mittelfristig erhebliche Leistungskürzungen bei Gesundheit, Pflege und Rente.

Die Haushaltspolitik der Ampel-Regierung verringert den Wohlstand und verschärft die soziale Spaltung. Wir brauchen aber vor dem Hintergrund der großen gesellschaftlichen Herausforderungen mehr öffentliche Investitionen, mehr Personal und mehr Sachausgaben. Wir brauchen eine zukunftsgerechte Haushaltspolitik.

### Mehr von ver.di Wirtschaftspolitik

Webseite: <http://wipo.verdi.de>

Newsletter:  
<http://wipo.verdi.de/info-abonnement>

Facebook:  
<http://www.facebook.com/wipo.verdi>

Veranstaltungsreihe *Lohn, Preis und Profit*:  
<https://www.youtube.com/@lohnpreisundprofit/videos>

(Die Veranstaltungen finden online via Webex statt – jeden zweiten Montag im Monat um 18 Uhr, außer Juli/August.)